

THORSTEN INGO SCHMIDT

Beamtenrecht



MOHR SIEBECK

MOHR LEHRBUCH

Thorsten Ingo Schmidt
Beamtenrecht



Thorsten Ingo Schmidt

Beamtenrecht

Mohr Siebeck

Thorsten Ingo Schmidt, geboren 1972, 1998 Promotion, 2004 Habilitation, 2006–2009 Richter am VG Hannover, seit 2009 Professor an der Universität Potsdam für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verwaltungs- und Kommunalrecht, 2015–2016 Richter am OVG Berlin/Brandenburg.

ISBN 978-3-16-154747-8 eISBN 978-3-16-154993-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt gebunden.

Vorwort

Dieses Lehrbuch ist hervorgegangen aus meinen Vorlesungen zum Beamtenrecht an der Universität Potsdam sowie meiner mehrjährigen Tätigkeit als Verwaltungsrichter zunächst in der ersten Instanz am VG Hannover in einer Kammer für Beamtenrecht und sodann in der zweiten Instanz am OVG Berlin/Brandenburg ebenfalls in einem Senat für Beamtenrecht. So vereint es Theorie und Praxis.

Das Werk orientiert sich am Recht der Bundesbeamten, wobei zudem Seitenblicke auf das Recht der Landesbeamten sowie der Richter und Soldaten geworfen werden. Durchgängig werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum privaten Arbeitsrecht herausgearbeitet, um an vorhandenes Vorwissen anzuknüpfen und das Verständnis für die Besonderheiten des Beamtenrechts zu wecken. Großes Augenmerk wird auf die systematische Aufbereitung und Präsentation des Stoffes gelegt. Dafür wurden auch mehr als zwanzig Übersichten eingefügt. Zahlreiche Wiederholungs- und Vertiefungsfragen erleichtern das Durchdringen des Stoffes.

Für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieses Buches danke ich herzlich meiner Sekretärin Maria Augustin sowie meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Claudia Grummt, Kristian Heise, Timo Sebastian Heller, Philip Matuschka, Anna Moschke, Paul Platzek, Réda Rerbal, Anne Scherer und Sebastian Segmiller. Ein besonderer Dank gilt auch meinem Senatskollegen Dr. Andreas Koch vom OVG Berlin / Brandenburg für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Ich hoffe, dass dieses Werk vielen Studierenden den Zugang zu der ihnen doch oftmals recht fremdartig anmutenden Materie des Beamtenrechts erleichtert, und freue mich auf Hinweise, Anregungen und Kritik, die zu seiner Verbesserung beitragen.

Potsdam, im November 2016

Thorsten Ingo Schmidt

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Übersichtenverzeichnis	XXXII
Erster Teil: Grundlagen	1
§ 1 Einführung	3
§ 2 Geschichte des Beamtentums	6
§ 3 Grundbegriffe des Beamtenrechts und des Beamtenverhältnisses	17
§ 4 Grundgesetzliche Vorgaben	33
§ 5 Einflüsse des EU-Rechts	46
Zweiter Teil: Das Beamtenverhältnis	51
§ 6 Grundlagen des Beamtenverhältnisses	53
§ 7 Begründung des Beamtenverhältnisses	56
§ 8 Veränderung des Beamtenverhältnisses	71
§ 9 Beendigung des Beamtenverhältnisses	82
Dritter Teil: Die Pflichten der Beamten aus dem Beamtenverhältnis	91
§ 10 Überblick über die Pflichten der Beamten und die Folgen ihrer Verletzung	93
§ 11 Rechtsgehorsam und Treue	95
§ 12 Dienstleistungspflicht	101
§ 13 Volle Hingabe an den Dienst	106
§ 14 Sorgsame Amtsführung	111

VIII Inhaltsübersicht

§ 15	Pflichten in der Beamtenhierarchie	120
§ 16	Äußere Umstände der Dienstertfüllung	123
§ 17	Vermögensrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	127
§ 18	Strafrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	135
§ 19	Disziplinarrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	143

Vierter Teil: Die Rechte der Beamten

aus dem Beamtenverhältnis		159
§ 20	Überblick über die Rechte der Beamten	161
§ 21	Anspruch auf Besoldung	163
§ 22	Anspruch auf Versorgung	175
§ 23	Weitere vermögenswerte Rechte	185
§ 24	Amtsangemessene Beschäftigung	190
§ 25	Amtsbezeichnung	194
§ 26	Nebentätigkeiten	197
§ 27	Urlaub	202
§ 28	Beurteilung und Personalakten	206
§ 29	Fürsorgepflicht des Dienstherrn	212

Fünfter Teil: Die Mitwirkung der Beamten

an der Willensbildung der Behörde		217
§ 30	Mitbestimmung der Beamten	219
§ 31	Beauftragte	225

Sechster Teil: Rechtsschutz im Beamtenrecht

		229
§ 32	Überblick über die Rechtsschutzmöglichkeiten	231
§ 33	Förmliche Rechtsbehelfe	234
§ 34	Nichtförmliche Rechtsbehelfe	245

Siebenter Teil: Ausblick

		249
§ 35	Zukunft des Beamtenrechts	251

Sachverzeichnis		255
---------------------------	--	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Übersichtenverzeichnis	XXXII
Erster Teil: Grundlagen	1
§ 1 Einführung	3
I. Begriff des Beamtenrechts	3
II. Gang der Darstellung	4
III. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	5
§ 2 Geschichte des Beamtentums	6
I. Frühe Neuzeit und Absolutismus	6
II. Preußisches Allgemeines Landrecht 1794	7
III. Bayerische Regelungen ab 1805	7
IV. Deutsche Mittelstaaten	8
V. Paulskirchenverfassung 1849	9
VI. Deutsches Reich	9
VII. Weimarer Republik	10
VIII. Nationalsozialismus	11
IX. Nachkriegszeit	12
X. Bundesrepublik Deutschland bis 1990	12
XI. DDR bis 1990	13
XII. Seit der Wiedervereinigung 1990	13
XIII. Föderalismusreformen 2006 und 2009	14
XIV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	15

§ 3	Grundbegriffe des Beamtenrechts und des Beamtenverhältnisses	17
I.	Arten von Beamten	17
	1. Beamtenbegriffe in verschiedenen Rechtsgebieten	17
	2. Einteilung der Beamten nach ihrem Dienstherrn	18
	3. Einteilung der Beamten nach ihrer Rechtsstellung	19
	a) Beamte auf Lebenszeit	19
	b) Beamte auf Widerruf	19
	c) Beamte auf Probe	19
	d) Beamte auf Zeit	20
	e) „Politische Beamte“	20
	f) Ehrenbeamte	20
	4. Einteilung der Beamten nach ihrer Laufbahn	21
	5. Einteilung der Beamten nach ihrer Fachrichtung	22
II.	Amt, Dienstposten und Planstelle	22
	1. Amt im statusrechtlichen Sinne	22
	2. Amt im abstrakt-funktionalen Sinne	23
	3. Amt im konkret-funktionalen Sinne	23
	4. Amt im organisatorischen Sinne	23
	5. Dienstposten	24
	6. Planstelle	24
	7. Organ und Organwalter	25
	8. Behörde	25
III.	Dienstherr	25
IV.	Organe des Dienstherrn	26
	1. Vorgesetzter	26
	2. Dienstvorgesetzter	27
	3. Oberste Dienstbehörde	27
V.	Beamtenverhältnis	27
VI.	Überblick über sonstige Beschäftigungsverhältnisse	29
	1. Richter	29
	2. Soldaten	29
	3. Minister und Staatssekretäre	29
	4. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst	30
	5. Kirchenbeamte und Pfarrer	30
VII.	Vergleich mit dem Arbeitsverhältnis	30
VIII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	30

§ 4	Grundgesetzliche Vorgaben	33
I.	Funktionsvorbehalt	33
	1. Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse	33
	2. Sonderregelungen für Bahn- und Postbeamte	34
II.	Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nach Art. 33 V GG	34
	1. Rechtsinstitutsprägende Grundsätze	35
	2. Pflichtenbestimmende Grundsätze	36
	3. Rechtsgewährleistende Grundsätze	36
	4. Nicht anerkannte Grundsätze	37
III.	Rechtsbindung und Staatshaftung	37
	1. Rechtsbindung	37
	2. Staatshaftung	37
IV.	Zugang zum öffentlichen Dienst	38
	1. Gebotene Kriterien	38
	2. Verbotene Kriterien	38
	3. Regionaler Proporz	39
	4. Kriegsbedingte Sonderregelungen	39
V.	Grundrechtsgeltung	39
VI.	Die Gesetzgebungszuständigkeit für das Beamtenrecht	40
	1. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	40
	2. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes	41
	3. Gesetzgebungskompetenzen der Länder	42
VII.	Vergleich mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben für das Arbeitsrecht	43
VIII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	43
§ 5	Einflüsse des EU-Rechts	46
I.	Zugang zum öffentlichen Dienst	46
II.	Behandlung im öffentlichen Dienst	47
III.	Exkurs: Die Rechtsstellung der EU-Beamten	48
IV.	Vergleich mit den europarechtlichen Einflüssen auf das Arbeitsrecht	49
V.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	49
Zweiter Teil: Das Beamtenverhältnis		51
§ 6	Grundlagen des Beamtenverhältnisses	53
I.	Begriff des Beamtenverhältnisses	53
II.	Arten von Beamtenverhältnissen	53

XII Inhaltsverzeichnis

III.	Mehrzahl von Beamtenverhältnissen	54
IV.	Vergleich mit dem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis	54
V.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	54
§ 7	Begründung des Beamtenverhältnisses	56
I.	Auswahl unter den Bewerbern	56
1.	Eignung	57
2.	Befähigung	57
3.	Fachliche Leistung	57
4.	Gleichberechtigung der Geschlechter	58
5.	Schwerbehinderte Bewerber	58
6.	Bewerbungsverfahrensanspruch	59
II.	Voraussetzungen der Ernennung	59
1.	Formelle Voraussetzungen	60
2.	Inhaltliche Voraussetzungen	60
a)	Deutscher	60
b)	Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung	61
c)	Entsprechende Vorbildung	61
d)	Bewährung in der Probezeit	61
e)	Keine Entfernung im Disziplinarverfahren	62
III.	Fallgruppen der Ernennung	62
1.	Einstellung	62
2.	Umwandlung	63
3.	Beförderung	63
4.	Laufbahnwechsel	63
IV.	Rechtsfolgen der Ernennung	64
V.	Fehlerhafte Ernennung	65
1.	Rücknehmbare Ernennung	65
2.	Nichtige Ernennung	67
3.	Nichternennung	67
VI.	Vergleich mit der Begründung des Arbeitsverhältnisses	68
VII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	68
§ 8	Veränderung des Beamtenverhältnisses	71
I.	Umsetzung	71
II.	Abordnung	72
III.	Versetzung	72
IV.	Zuweisung	73
V.	Beförderung	75

VI.	Rückernennung	76
VII.	Laufbahnwechsel	76
VIII.	Übertritt bzw. Übernahme	77
IX.	Ruhen des Beamtenverhältnisses	77
X.	Exkurs: Örtliche Folgepflicht	77
XI.	Besonderheiten bei bestimmten Beamtengruppen	78
	1. Überweisung von Referendaren	78
	2. Vergabe von Führungsämtern	79
XII.	Vergleich mit der Veränderung des Arbeitsverhältnisses	79
XIII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	79
§ 9	Beendigung des Beamtenverhältnisses	82
I.	Entlassung	82
	1. Entlassung kraft Gesetzes	82
	2. Entlassungsbescheid	83
	3. Sonderregelungen für bestimmte Beamtengruppen	84
II.	Verlust der Beamtenrechte	85
III.	Entfernung aus dem Dienst	85
IV.	Ruhestand	86
	1. Eintritt in den Ruhestand	86
	2. Versetzung in den Ruhestand	87
	3. Hinausschieben der Altersgrenze	87
	4. Einstweiliger Ruhestand	87
V.	Übernahme politischer Ämter	88
VI.	Vergleich mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	88
VII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	89
Dritter Teil: Die Pflichten der Beamten aus dem Beamtenverhältnis		91
§ 10	Überblick über die Pflichten der Beamten und die Folgen ihrer Verletzung	93
I.	Pflichten der Beamten	93
II.	Folgen von Pflichtverletzungen	94
III.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	94
§ 11	Rechtsgehorsam und Treue	95
I.	Pflicht zum Rechtsgehorsam	95
II.	Remonstration	96
III.	Treuepflicht	97

XIV Inhaltsverzeichnis

IV.	Eidespflicht	98
V.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	98
VI.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	99
§ 12	Dienstleistungspflicht	101
I.	Hauptamtliche Tätigkeit	101
II.	Teilzeitbeschäftigung	102
	1. Voraussetzunglose Teilzeit	102
	2. Familienpolitische Teilzeit	103
	3. Altersteilzeit	104
III.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	104
IV.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	105
§ 13	Volle Hingabe an den Dienst	106
I.	Voller persönlicher Einsatz	106
II.	Streikrecht?	107
III.	Pflicht zur Gesunderhaltung	108
IV.	Fortbildungspflicht	109
V.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	109
VI.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	109
§ 14	Sorgsame Amtsführung	111
I.	Unparteiische Amtsführung	111
II.	Parteilpolitische Mäßigung	111
III.	Gerechte Amtsführung	113
IV.	Gemeinwohlorientierte Amtsführung	114
V.	Uneigennützige Amtsführung	114
VI.	Keine Annahme von Vorteilen	115
VII.	Achtungswürdiges Verhalten	115
VIII.	Verschwiegenheitspflicht	117
IX.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	118
X.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	118
§ 15	Pflichten in der Beamtenhierarchie	120
I.	Pflichten der Vorgesetzten	120
II.	Pflichten der Untergebenen	121
III.	Pflichten der Kollegen	121
IV.	Vergleich mit den arbeitsrechtlichen Pflichten	121
V.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	121

§ 16 Äußere Umstände der Dienstertfüllung	123
I. Äußeres Erscheinungsbild	123
II. Erreichbarkeit	124
III. Vergleich mit dem Arbeitsrecht	125
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	125
§ 17 Vermögensrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	127
I. Ansprüche der Bürger	127
1. Anspruch aus öffentlich-rechtlicher Sonderverbindung	128
2. Anspruch auf Schadensersatz aus mittelbarer Staatshaftung	128
3. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff	129
4. Sonstige Ansprüche der Bürger	129
a) Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	129
b) Exkurs: Sonstige Aufopferungsansprüche	130
c) Exkurs: Öffentlich-rechtliche Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	130
II. Ansprüche der Kollegen	130
III. Ansprüche des Dienstherrn	131
1. Eigene Schadensersatzansprüche	131
2. Rückgriffsansprüche	132
a) Regress bei fremden Schadensersatzansprüchen	132
b) Regress bei Entschädigungsansprüchen	133
IV. Eigenschäden des Beamten	133
V. Vergleich mit dem Arbeitsrecht	133
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	134
§ 18 Strafrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	135
I. Allgemeiner Teil	135
1. Tatbestandsmäßigkeit	136
2. Rechtswidrigkeit	136
3. Verschulden	137
4. Strafantrag und Ermächtigung	137
II. Einzelne Amtsträgerdelikte	138
1. Straftaten im Amt	138
2. Weitere Amtsträgerdelikte	139
III. Rechtsfolgen der Straftat eines Beamten	140
IV. Exkurs: Straftaten gegen Beamte	140
V. Vergleich mit dem Arbeitsrecht	141
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	142

§ 19	Disziplinarrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	143
I.	Hintergrund des Disziplinarrechts	143
II.	Dienstvergehen	144
	1. Vergehen aktiver Beamter	144
	2. Vergehen von Ruhestandsbeamten	145
III.	Disziplinarmaßnahmen	145
	1. Einzelne Disziplinarmaßnahmen	146
	a) Maßnahmen gegen aktive Beamte	146
	b) Maßnahmen gegen Ruhestandsbeamte	147
	2. Auswahl zwischen den Disziplinarmaßnahmen	147
	3. Abschwächung der Folgen der Disziplinarmaßnahmen	148
IV.	Disziplinarverfahren	149
	1. Behördliches Verfahren	149
	a) Eröffnung des behördlichen Verfahrens	149
	b) Durchführung des behördlichen Verfahrens	149
	c) Abschluss des behördlichen Verfahrens	150
	d) Veränderung der Disziplinarmaßnahme	150
	e) Widerspruchsverfahren	151
	2. Gerichtliches Verfahren	151
	a) Verfahren vor dem VG	151
	b) Verfahren vor dem OVG	152
	c) Verfahren vor dem BVerwG	152
	d) Wiederaufnahme des Verfahrens	153
V.	Vorläufige Maßnahmen	153
	1. Behördliches Verfahren	153
	a) Verbot der Führung der Dienstgeschäfte	153
	b) Vorläufige Dienstenthebung	153
	c) Einbehaltung von Bezügen	154
	2. Gerichtliches Verfahren	154
	a) Rechtsschutz gegen das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte	155
	b) Rechtsschutz gegen die vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von Bezügen	155
VI.	Verhältnis des Disziplinarverfahrens zum Strafverfahren	155
VII.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	156
VIII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	156

Vierter Teil: Die Rechte der Beamten aus dem Beamtenverhältnis	159
§ 20 Überblick über die Rechte der Beamten	161
I. Rechte der Beamten	161
II. Geltendmachung der Rechte der Beamten	161
III. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	162
§ 21 Anspruch auf Besoldung	163
I. Grundsätze der Besoldung	163
1. Gesetzmäßigkeit der Besoldung	163
2. Funktionsgerechtigkeit der Besoldung	164
3. Angemessenheit der Besoldung	165
4. Wertungsgesichtspunkte	166
II. Besoldungsordnungen	166
III. Bestandteile der Besoldung	167
1. Grundgehalt	167
2. Weitere Dienstbezüge	167
a) Zuschläge	168
b) Zulagen	168
c) Leistungsbezüge	168
d) Vergütungen	169
e) Auslandsbesoldung	169
3. Sonstige Bezüge	169
a) Jährliche Sonderzahlungen	169
b) Vermögenswirksame Leistungen	170
c) Anwärterbezüge für Beamte auf Widerruf	170
IV. Geltendmachung der Besoldung	171
V. Überzahlte Besoldung	171
VI. Vergleich mit der Zahlungspflicht des Arbeitgebers	172
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	172
§ 22 Anspruch auf Versorgung	175
I. Grundsätze der Versorgung	175
1. Gesetzmäßigkeit der Versorgung	176
2. Funktionsgerechtigkeit der Versorgung	176
3. Angemessenheit der Versorgung	176
4. Wertungsgesichtspunkte	177
II. Überblick über die Arten der Versorgung	177

III.	Ruhegehalt	177
	1. Ruhegehaltfähige Dienstbezüge	178
	2. Ruhegehaltfähige Dienstzeit	178
	3. Maßgeblicher Prozentsatz	178
	4. Modifikationen	179
	a) Minderungen und Erhöhungen	179
	b) Versorgungskorridor	179
IV.	Andere Arten der Versorgung	180
	1. Versorgung der Hinterbliebenen	180
	2. Bezüge bei Verschollenheit	180
	3. Unfallfürsorge	181
	4. Übergangsgeld und Ausgleichsleistungen	181
V.	Geltendmachung der Versorgung	182
VI.	Überzahlte Versorgung	182
VII.	Vergleich mit der gesetzlichen Rentenversicherung	182
VIII.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	182
§ 23 Weitere vermögenswerte Rechte		185
I.	Fürsorge im Krankheitsfall	185
II.	Entfernungsbedingte Aufwendungen	186
	1. Reisekosten	186
	2. Umzugskosten	187
	3. Trennungsgeld	187
III.	Ersatz sonstiger Aufwendungen	187
IV.	Ersatz von Eigenschäden des Beamten	188
V.	Vergleich mit dem Arbeits- und Sozialrecht	188
VI.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	188
§ 24 Amtsangemessene Beschäftigung		190
I.	Tatbestandliche Voraussetzungen	190
II.	Rechtsfolgen des Anspruchs auf amtsangemessene Beschäftigung	190
III.	Grenzen des Anspruchs auf amtsangemessene Beschäftigung	191
IV.	Einfluss der Verwaltungsmodernisierung	191
V.	Vergleich mit dem Anspruch auf Beschäftigung im Arbeitsrecht	192
VI.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	193

§ 25	Amtsbezeichnung	194
I.	Begriff der Amtsbezeichnung	194
II.	Anspruch auf die Amtsbezeichnung	194
III.	Anspruch aus der Amtsbezeichnung	195
IV.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	195
V.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	195
§ 26	Nebentätigkeiten	197
I.	Begriffliche Klärungen	197
II.	Recht auf Nebentätigkeit	198
III.	Pflicht zur Nebentätigkeit	199
IV.	Rechtsfolgen der Nebentätigkeit	199
V.	Vergleich mit der Nebenbeschäftigung im Arbeitsrecht	200
VI.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	200
§ 27	Urlaub	202
I.	Erholungsurlaub	202
II.	Sonderurlaub	203
III.	Beurlaubung ohne Besoldung	203
IV.	Abgeltung des Urlaubsanspruchs	204
V.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	204
VI.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	204
§ 28	Beurteilung und Personalakten	206
I.	Dienstliche Beurteilung	206
II.	Zeugnis	208
III.	Personalakten	208
1.	Grundsätze des Personalaktenrechts	208
2.	Verfahrensmäßige Sicherungen	209
IV.	Vergleich mit dem Arbeitsrecht	210
V.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	210
§ 29	Fürsorgepflicht des Dienstherrn	212
I.	Funktionen der Fürsorgepflicht	212
II.	Erfüllung der Fürsorgepflicht	213
III.	Folgen der Nichterfüllung der Fürsorgepflicht	213
IV.	Vergleich mit der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	214
V.	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	214

Fünfter Teil: Die Mitwirkung der Beamten an der Willensbildung der Behörde	217
§ 30 Mitbestimmung der Beamten	219
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben der Mitbestimmung	219
II. Organe der Personalvertretung	220
III. Beteiligung der Personalvertretung	221
IV. Rechtsfolgen unterbliebener Beteiligung	222
V. Vergleich mit der arbeitsrechtlichen Mitbestimmung	223
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	223
§ 31 Beauftragte	225
I. Gleichstellungsbeauftragte	225
II. Vertrauensperson der Schwerbehinderten	226
III. Vergleich mit den Beauftragten in der Privatwirtschaft	227
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	227
Sechster Teil: Rechtsschutz im Beamtenrecht	229
§ 32 Überblick über die Rechtsschutzmöglichkeiten	231
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	231
II. Arten der Rechtsbehelfe	232
III. Vergleich mit den arbeitsgerichtlichen Rechtsbehelfen	232
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	232
§ 33 Förmliche Rechtsbehelfe	234
I. Vorverfahren	234
II. Hauptsacheverfahren	235
1. Zulässigkeit	235
a) Rechtsweg	235
b) Statthafte Rechtsschutzform	235
c) Feststellungsinteresse und Klagebefugnis	236
d) Vorverfahren	236
e) Form und Frist	237
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	237
2. Begründetheit	237
III. Vorläufiger Rechtsschutz	237
IV. Der beamtenrechtliche Konkurrentenstreit	239
1. Streit vor Ernennung	239

a) Klagen in der Hauptsache	239
b) Anträge im vorläufigen Rechtsschutz	239
2. Streit nach Ernennung	240
a) Klagen in der Hauptsache	240
b) Anträge im vorläufigen Rechtsschutz	241
3. Verfahrensrechtliche Konsequenzen	242
V. Vergleich mit den arbeitsgerichtlichen Rechtsbehelfen	242
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	242
§ 34 Nichtförmliche Rechtsbehelfe	245
I. Anträge	245
II. Beschwerden	245
III. Petitionen	246
IV. Gegenvorstellung	246
V. Anrufung des Personalrates	246
VI. Anrufung von Beauftragten	247
VII. Gnadengesuche	247
VIII. Vergleich mit den nichtförmlichen Rechtsbehelfen im Arbeitsrecht	248
IX. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	248
Siebenter Teil: Ausblick	249
§ 35 Zukunft des Beamtenrechts	251
I. Privatisierung	251
II. Fragmentierung	252
III. Europäisierung	252
IV. Annäherung an das Arbeitsrecht	252
V. Schwächung der geistigen Grundlagen	253
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	253
Sachverzeichnis	255

Literaturverzeichnis

I. Lehr- und Handbücher

- Battis, Ulrich*, § 87 Beamtenrecht, § 88 Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, § 89 Personalvertretungsrecht, in: Ehlers, Dirk / Fehling, Michael / Pünder, Hermann, (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Bd. 3, Kommunalrecht, Haushalts- und Abgabenrecht, Ordnungsrecht, Sozialrecht, Bildungsrecht, Recht des öffentlichen Dienstes, 3. Auflage, Heidelberg, 2013
- Hattenhauer, Hans*, *Geschichte des deutschen Beamtentums*, 2. Auflage, Köln, Berlin, Bonn, München, 1993
- Kunig, Philip*, 6. Kapitel. Das Recht des öffentlichen Dienstes, in: Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, 15. Auflage, Berlin, Boston, 2013
- Lenders, Dirk / Peters, Cornelia / Weber, Klaus*, *Das neue Dienstrecht des Bundes. Handbuch für die Praxis*, Köln, 2009
- Leppek, Sabine*, *Beamtenrecht*, 12. Auflage, Heidelberg u. a., 2015
- Schnellenbach, Helmut*, *Beamtenrecht in der Praxis*, 8. Auflage, München, 2013
- Summer, Rudolf*, *Beiträge zum Beamtenrecht*, hrsg. von Pechstein, Matthias, Tübingen, 2007
- Summer, Rudolf*, *Dokumente zur Geschichte des Beamtenrechts*, Bonn, 1986
- Wichmann, Manfred / Langer, Karl-Ulrich*, *Öffentliches Dienstrecht*, 7. Auflage, Stuttgart, 2014

II. Kommentare

1. Bundesbeamtengesetz

- Battis, Ulrich*, *BBG, Bundesbeamtengesetz*, 4. Auflage, München, 2009
- Kugele, Dieter*, *Kommentar zum Bundesbeamtengesetz, Beamtenrechtliche Praxiskommentare*, Bd. 1, bearbeitet von *Buchheister, Joachim / Kugele, Dieter / Tegethoff, Carsten*, Münster, 2011

2. Beamtenstatusgesetz

Kugele, Dieter, Kommentar zum Beamtenstatusgesetz, Beamtenrechtliche Praxiskommentare, Bd.3, bearbeitet von *Kugele, Dieter / Tegethoff, Carsten*, Münster, 2011

Metzler-Müller, Karin / Rieger, Reinhard / Seeck, Erich / Zentgraf, Renate, Beamtenstatusgesetz, 3. Auflage, Wiesbaden, 2014

Reich, Andreas, BeamStG, Beamtenstatusgesetz, 2. Auflage, München, 2012

3. Bundesdisziplinargesetz

Herrmann, Klaus / Sandkuhl, Heide, Beamtendisziplinarrecht, Beamtenstrafrecht, München, 2014

Hummel, Dieter / Köhler, Daniel / Mayer, Dietrich / Baunack, Sebastian, BDG – Bundesdisziplinargesetz und materielles Disziplinargesetz, 6. Auflage, Köln, 2016

Müller, Hellmuth, Beamtendisziplinarrecht, Grundzüge des Beamtendisziplinarrechts – am Beispiel der Bundesbeamten unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, Berlin, 2010

Urban, Richard / Wittkowski, Bernd, Bundesdisziplinargesetz, München, 2011

4. Bundesbesoldungsgesetz

Kugele, Dieter, Kommentar zum Bundesbesoldungsgesetz, Beamtenrechtliche Praxiskommentare, Bd.2, bearbeitet von *Dawin, Michael*, Münster 2011

5. Beamtenversorgungsgesetz

Kugele, Dieter, Kommentar zum Beamtenversorgungsgesetz, Beamtenrechtliche Praxiskommentare, Bd.4, bearbeitet von *Brinktrine, Ralf*, unter Mitarbeit von *Dürschmidt, Robert* und *Rauscher, Felix Wolfgang*, Münster, 2011

6. Sonstige Kommentare

Reich, Andreas, Bundesreisekostengesetz, München, 2012

Schmidt-Räntsch, Günther / Schmidt-Räntsch, Jürgen, Deutsches Richtergesetz, Richterwahlgesetz, 6. Auflage, München, 2009

III. Zeitschriften mit beamtenrechtlichem Schwerpunkt

Der öffentliche Dienst (DÖD)

Der Personalrat

Die Personalvertretung (PersV)

Recht im Amt (RiA)

Zeitschrift für Beamtenrecht (ZBR)

Daneben finden sich beamtenrechtliche Aufsätze auch in den allgemeinen Zeitschriften mit öffentlich-rechtlichem Schwerpunkt, v. a. in DÖV, DVBL, NVwZ.

Abkürzungsverzeichnis

a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AbgG	Abgeordnetengesetz
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
ALR	Allgemeines Landrecht
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts; Archiv des öffentlichen Rechts (Zs.)
Art.	Artikel
AZV	Arbeitszeitverordnung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BATZV	Beamtenaltersteilzeitverordnung
Bay.	Bayern, bayerisch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zs.)
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bbg.	Brandenburg, brandenburgisch
BBhV	Bundesbeihilfeverordnung
BDG	Bundesdisziplinalgesetz
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
ber.	berichtigt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGleiG	Bundesgleichstellungsgesetz
BHO	Bundeshaushaltsordnung
Bln.	Berliner
BLV	Bundeslaufbahnverordnung
BNV	Bundesnebenständigkeitsverordnung
BPolBG	Bundespolizeibeamtengesetz
BPersVG	Bundespersönalvertretungsgesetz
Brem.	Bremen, bremisch

XXVIII Abkürzungsverzeichnis

BRKG	Bundesreisekostengesetz
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSt.	Beamtenstatut
BSZG	Bundessonderzahlungsgesetz
BUKG	Bundesumzugskostengesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGK	Kammerentscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg, baden-württembergisch
d. h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DöD	Der öffentliche Dienst (Zs.)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zs.)
DRiG	Deutsches Richtergesetz
Drs.	Drucksache
DV	Die Verwaltung (Zs.)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zs.)
E	Entwurf
EinlPrALR	Einleitung Preußisches Allgemeines Landrecht
EL	Ergänzungslieferung
EntgFG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EstG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUrIV	Erholungsurlaubsverordnung
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EV	Einigungsvertrag
f.; ff.	folgende(r)
FG	Finanzgericht; Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
FS	Festschrift
G	Gesetz
GBL	Gesetzblatt
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
grds.	grundsätzlich
GS	Gesetzessammlung; Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hamb.	Hamburg, hamburgisch
HChE	Entwurf des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee

Hess.	Hessen, hessisch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HLP	Hauptlandespragmatik
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.; hrsg.	Herausgeber; herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i. d. F.	in der Fassung
i. e.	id est (das heißt)
i. E.	im Erscheinen
IfSG	Infektionsschutzgesetz
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zs.)
Jhd.	Jahrhundert
Jura	Juristische Ausbildung (Zs.)
JuS	Juristische Schulung (Zs.)
JZ	Juristenzeitung (Zs.)
KG	Kommanditgesellschaft
KommJur	Kommunaljurist (Zs.)
KStZ	Kommunale Steuerzeitschrift (Zs.)
LAGVwGO	Landesausführungsgesetz zur VwGO
lit.	littera (Buchstabe)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zs.)
LOG	Landesorganisationsgesetz
LReg.	Landesregierung
LSA	Land Sachsen-Anhalt, sachsen-anhaltinisch
LV	Landesverfassung
LVerfG	Landesverfassungsgericht
LVerfGG	Landesverfassungsgerichtsgesetz
MedR	Medizinrecht (Zs.)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MV	Mecklenburg-Vorpommern, mecklenburg-vorpommersch
n. F.	neue Fassung
NatSchG	Naturschutzgesetz
Nds.	Niedersächsisch
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zs.)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zs.)
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zs.)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zs.)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungssammlung der Oberverwaltungsgerichte
PartG	Parteiengesetz
PaulskirchenV	Paulskirchenverfassung
PersV	Die Personalvertretung (Zs.)
PKV	Paulskirchenverfassung

XXX Abkürzungsverzeichnis

Pr.	Preußen, preußisch
Prot.	Protokoll
RBG	Reichsbeamtengesetz
RBl.	Regierungsblatt
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RiA	Recht im Amt (Zs.)
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz, rheinland-pfälzisch
RZVG	Reichszweckverbandsgesetz
S.	Satz; Seite
s.	siehe
s. o.	siehe oben
Saarl.	Saarland, saarländisch
Sächs.	sächsisch
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zs.)
SG	Soldatengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SH	Schleswig-Holsteinisch, schleswig-holsteinisch
SKV	Staats- und Kommunalverwaltung (Zs.)
sog.	so genannte
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
StGHG	Staatsgerichtshofsgesetz
StRR	Strafrechtsreport (Zs.)
SUrlV	Sonderurlaubsverordnung
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
TGV	Trennungsgeldverordnung
TKG	Telekommunikationsgesetz
Thür.	Thüringen, thüringisch
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter (Zs.)
TKG	Telekommunikationsgesetz
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u. a.	und andere
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang
V	Verfassung
v.	vom
Var.	Variante
VBlBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg (Zs.)
VereinsG	Vereinsgesetz
VerfGG	Verfassungsgerichtsgesetz
VerfGHG	Verfassungsgerichtshofsgesetz
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zs.)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche

VR	Verwaltungs-rundschau (Zs.)
VwGG	Verwaltungsgerichtsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwMiStufG	Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
VwZVG	Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz
WahlG	Wahlgesetz
WahlprüfG	Wahlprüfungsgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Wü.	Württemberg, württembergisch
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht (Zs.)
ZfPR	Zeitschrift für Personalvertretungsrecht (Zs.)
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zs.)
ZKF	Zeitschrift für Kommunal Finanzen (Zs.)
ZPO	Zivilprozessordnung
Zs.	Zeitschrift
ZVG	Zweckverbandsgesetz
zzgl.	zuzüglich

Römische Ziffern hinter Artikeln oder Paragraphen bezeichnen Absätze, arabische Ziffern Sätze innerhalb eines Absatzes.

Übersichtenverzeichnis

		Seite	Rn.
Übersicht 1-1:	Stellung des Beamtenrechts in der Rechtsordnung	4	4
Übersicht 2-1:	Zeittafel zum Beamtenrecht	14	29
Übersicht 3-1:	Beamtenbegriffe	18	39
Übersicht 3-2:	Beamte nach ihrer Rechtsstellung	20	48
Übersicht 3-3:	Laufbahnen	22	51
Übersicht 3-4:	Amtsbeurteilungen	24	59
Übersicht 3-5:	Dienstherrnfähigkeit	26	65
Übersicht 3-6:	Beamtenverhältnis	28	76
Übersicht 7-1:	Auswahl unter den Bewerbern	59	156
Übersicht 7-2:	Voraussetzungen der Ernennung	62	169
Übersicht 7-3:	Fallgruppen der Ernennung	64	176
Übersicht 7-4:	Rechtsfolgen der Ernennung	65	180
Übersicht 7-5:	Fallgruppen der fehlerhaften Ernennung	68	192
Übersicht 7-6:	Rechtsfolgen der nichtigen oder zurückgenommenen Ernennung	68	193
Übersicht 8-1:	Veränderungen des Beamtenverhältnisses	78	222
Übersicht 9-1:	Beendigung des Beamtenverhältnisses	88	261
Übersicht 11-1:	Remonstrationsverfahren	97	282
Übersicht 14-1:	Parteimitgliedschaft von Beamten	112	325
Übersicht 16-1:	Räumliche Erreichbarkeit des Beamten	125	363
Übersicht 19-1:	Disziplinarmaßnahmen	147	457
Übersicht 21-1:	Bestandteile der Besoldung	170	549
Übersicht 22-1:	Berechnung des Ruhegehalts	179	576
Übersicht 22-2:	Arten der Versorgung	181	585
Übersicht 30-1:	Beteiligung der Personalvertretung	222	704
Übersicht 33-1:	Förmliche Rechtsbehelfe	238	745
Übersicht 34-1:	Nichtförmliche Rechtsbehelfe	247	772

**Erster Teil:
Grundlagen**

§ 1 Einführung

I. Begriff des Beamtenrechts

Das Beamtenrecht ist das Recht der Beschäftigungsverhältnisse der Beamten des Bundes, der Länder, der Kommunen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn und gilt für mehr als 1,8 Mio. Beamte¹. Beamte sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen, welches durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde begründet wird. Sie sind v.a. in den Bereichen der allgemeinen inneren Verwaltung, der Finanz- und Sozialverwaltung, der Schulen und Hochschulen, der Polizei und Feuerwehr sowie im Ministerialbereich tätig. Vor der Privatisierung von Bahn und Post wurden auch deren Aufgaben der Daseinsvorsorge vorwiegend mit Beamten betrieben.

Das Beamtenrecht ist ein klassisches Teilgebiet des Verwaltungsrechts und eng verwandt mit seinen Nebengebieten des Richterdienst- und des Soldatenrechts, die vielfach Anleihen beim Beamtenrecht nehmen. Weil im öffentlichen Dienst neben den Beamten auch Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, gilt für diese Arbeitnehmer das privatrechtliche Arbeitsrecht. Den Oberbegriff für das Beamtenrecht sowie für das Arbeitsrecht dieser Arbeitnehmer stellt das öffentliche Dienstrecht dar.

Keine Beamten sind hingegen u. a. der Bundespräsident², der Bundeskanzler und die Bundesminister³, die Ministerpräsidenten der Länder und die Landesminister, die Parlamentarischen Staatssekretäre⁴, die Abgeordneten des Bundestages⁵ und der Landtage, der Wehrbeauftragte⁶ und der Bundesdatenschutzbe-

¹ Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6, 2014, S. 29. Es entfallen auf den Bund ca. 350.000, auf die Länder 1,3 Mio., auf die Kommunen gut 180.000 sowie auf die gesetzlichen Sozialversicherungen gut 30.000 Beamte.

² Art. 54 bis 61 GG sowie das BPräsWahlG, ein Ansatz im Haushaltsplan des Bundes und das BPräsRuhebezG.

³ Art. 62 bis 69 GG und das BMinG.

⁴ Siehe das ParlStG. Die Parlamentarischen Staatssekretäre dürfen nicht mit den verbeamteten Staatssekretären verwechselt werden.

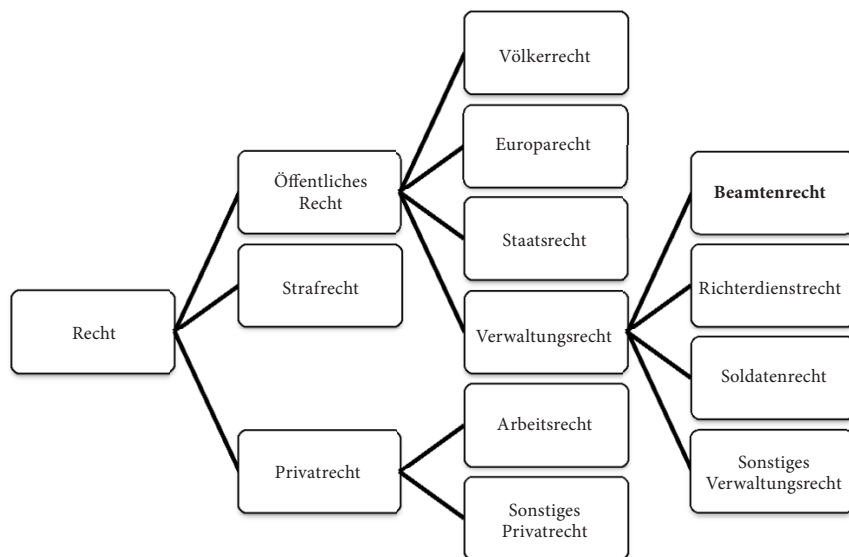
⁵ Siehe Art. 38; 46 bis 48 GG sowie das AbgG.

⁶ Vgl. Art. 45b GG und das WBeauftrG.

4 Erster Teil: Grundlagen

auftragte⁷ sowie die Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank⁸, für die jeweils Sonderregelungen in nur loser Anlehnung an das Beamtenrecht gelten.

4 Übersicht 1-1: Stellung des Beamtenrechts in der Rechtsordnung



II. Gang der Darstellung

- 5 Im ersten Teil dieses Werkes werden zunächst die Grundlagen des Beamtenrechts, also v. a. seine Geschichte (→ § 2), seine Grundbegriffe (→ § 3) und Rechtsquellen (→ § 4 bis § 5) dargestellt. Im zweiten Teil wird die Begründung, Veränderung und Beendigung des Beamtenverhältnisses erläutert (→ § 6 bis § 9). Der zentrale dritte Teil betrachtet die Pflichten der Beamten (→ § 10 bis § 16) und die Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen (→ § 17 bis § 19). Spiegelbildlich ist der vierte Teil den Rechten der Beamten gewidmet (→ § 20 bis § 29). Der fünfte Teil hat die Mitwirkung der Beamten an der Willensbildung der Behörde zum Gegenstand (→ § 30 bis § 31). Der sechste Teil wendet sich den Besonderheiten des Rechtsschutzes im Beamtenrecht (→ § 32 bis § 34) zu, bevor der siebente Teil einen Ausblick auf die Zukunft des Beamtenrechts wagt (→ § 35).

⁷ Siehe §§ 22 bis 26 BDSG.

⁸ Vgl. Art. 88 GG sowie § 7 BBankG.

III. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

- 1) Was regelt das Beamtenrecht und zu welchem übergeordneten Rechtsgebiet gehört es? (Rn. 2)
- 2) Welche öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnisse werden nicht unmittelbar durch das Beamtenrecht geregelt? (Rn. 3)

Rechtsprechung zu § 1

- BVerfG, Urt. v. 18.01.2012 – 2 BvR 133/10 –, BVerfGE 130, 76–130 (Vitos Haina, Maßregelvollzug) 7
- BVerfG, Beschluss vom 02. März 1993 – 1 BvR 1213/85 –, BVerfGE 88, 103–117 (Postbeamter, Beamteneinsatz bei Streik)
- BVerfG, Beschl. v. 22.05.1975 – 2 BvL 13/73 –, BVerfGE 39, 334–391 (Radikale im öffentlichen Dienst, Extremistenbeschluss, Radikalenerlass)
- BVerfG, Beschl. v. 27.10.1964 – 2 BvR 319/61 –, BVerfGE 18, 172–186 (Inkompatibilität (Oberstadtdirektor))
- BVerfG, Beschluss vom 20. Februar 1957 – 1 BvR 413/53, 1 BvR 422/53 –, BVerfGE 6, 246–257 (Reichsapotheker- und Reichsärztekammer)
- BVerfG, Urt. v. 23.10.1951 – 2 BvG 1/51 –, BVerfGE 1, 14–66 (Südweststaat)

Literatur zu § 1

- Bull, Hans Peter*, Beamte – die vernachlässigten Hüter des Gemeinwohls? – Die Dienstrechtsdiskussion zwischen Standespolitik und Staatstheorie, DÖV 2007, 1029–1038 8
- Bull, Hans Peter* Die Zukunft des Beamtentums: Zwischen Recht und Politik, Staats- und Verwaltungslehre, DV 42 (2009), 1–26
- Frenzel, Eike-Michael*, Das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis und das Recht des öffentlichen Dienstes. Abschied vom Prinzipiellen, ZBR 2008, 243–253
- Kucsko-Stadlmayer, Gabriele*, Die Zukunft des Beamtentums: Zwischen Recht und Politik, Staats- und Verwaltungslehre, Die Verwaltung 42 (2009), 27–53
- Landau, Herbert / Steinkühler, Martin*, Zur Zukunft des Berufsbeamtentums in Deutschland, DVBl. 2007, 133–143
- Lindner, Josef Franz*, Unabhängigkeit als Paradigma des Berufsbeamtentums, ZBR 2013, 145–155
- Meixner, Hanns Eberhard / Meixner, Juliane*, Dienen statt Verdienen – Ein Anachronismus?, DÖD 2013, 110–117
- Steiner, Harald*, Die sozialen Funktionen des Bundesbeamtengesetzes: Lösung und Regelung von Konflikten, DÖD 2009, 137–151

§ 2 Geschichte des Beamtentums

- 9 Die Geschichte des Beamtenrechts kann angesichts der Fülle der Regelungen auf gesamtstaatlicher sowie einzelstaatlicher Ebene in Deutschland über einen erheblichen Zeitraum im Folgenden nur in den Grundzügen erläutert werden. Die Darstellung konzentriert sich auf besonders markante Regelungen sowie auf solche, die – vermittelt über die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nach Art. 33 V GG (→ Rn. 92) – auch das heutige Beamtenrecht prägen. Für die Schilderung maßgebend sind die Fragen nach einer gesetzlichen Regelung des Beamtenverhältnisses und seiner öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Rechtsnatur, den Pflichten der Beamten gegenüber dem Monarchen oder einer anderen Stelle, was insbesondere in ihrer Eidespflicht zum Ausdruck kommt, ihren Rechten sowie deren gerichtlichem Schutz.

I. Frühe Neuzeit und Absolutismus

- 10 In der frühen Neuzeit und im beginnenden Absolutismus¹ beschäftigten die Monarchen ihre Gefolgsleute auf lehns- oder privatrechtlicher Vertragsgrundlage. Es fehlte an ausdrücklichen gesetzlichen Regelungen der Rechtsverhältnisse, die nur unter Rückgriff auf Vertragstypen des Gemeinen Rechts, d. h. aber letztlich des Römischen Rechts, geregelt wurden. Dabei waren der staatliche und der private Bereich des Herrschers noch nicht strikt getrennt. Den vorwiegend aus dem Bürgertum stammenden Beamten wurden Pflichterfüllung, Gehorsam, Zucht, Sparsamkeit und Hingabe an den Herrscher eingeschärft. Auf der anderen Seite war ihre dauerhafte, auskömmliche Besoldung noch nicht gesichert und sie konnten jederzeit entlassen werden, ohne dass sie um wirksamen Rechtsschutz nachsuchen konnten.

¹ *Battis*, Beamtenrecht, in: Ehlers/Fehling/Pünder (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, Bd. 3, 3. Auflage, 2013, § 87 Rn. 2; *Battis*, BBG, Einleitung, Rn. 1; *Hattenhauer*, Geschichte des deutschen Beamtentums, S. 47 ff., 99 ff.; *Leppek*, Beamtenrecht, 12. Auflage, 2015, Rn. 12.

II. Preußisches Allgemeines Landrecht 1794

Eine erste umfassende gesetzliche Regelung des Rechts der Staatsdiener erfolgt in Preußen im Allgemeinen Landrecht² von 1794. Zwar bleibt die Frage nach der Rechtsnatur des durch Vertrag begründeten Beamtenverhältnisses immer noch offen, aber es werden immerhin Vorschriften gegen Amtsanmaßung³ und die Veräußerung des Amtes⁴ erlassen; zudem finden sich umfangreiche Regelungen für Kollegialentscheidungen⁵ und die Haftung der Mitglieder von Kollegien⁶. Das Gesetz stellt die Pflichten der Beamten in den Vordergrund, v. a. die Pflicht zur besonders sorgfältigen Amtsführung⁷ und eine besondere Treuepflicht der Beamten gegenüber dem Monarchen⁸. Das Leistungsprinzip⁹ findet Eingang in die Gesetzgebung und die Entlassung eines Beamten ist nur noch durch Mehrheitsentscheidung des Staatsrates bei Bestätigung durch den Landesherrn¹⁰ möglich.

III. Bayerische Regelungen ab 1805

Im Unterschied zum preußischen Recht betonen die Bayerische Hauptlandespragmatik von 1805¹¹ im Geiste des aufgeklärten Spätabolutismus und die ihr folgenden verfassungsrechtlichen¹² Regelungen die Rechte der Beamten.¹³ Das Beamtenverhältnis wird in Bayern öffentlich-rechtlich ausgestaltet und jedem Bayern wird der gleiche Zugang zum öffentlichen Dienst gewährleistet¹⁴, was einen Vor-

² *Battis*, Beamtenrecht, in: Ehlers/Fehling/Pünder (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Bd. 3, 3. Auflage, 2013, § 87 Rn. 2; *Battis*, BBG, Einleitung, Rn. 1; *Hattenhauer*, *Geschichte des deutschen Beamtentums*, S. 156; *Leppek*, *Beamtenrecht*, 12. Auflage, 2015, Rn. 14.

³ Teil II Titel 10, §§ 76 bis 84 PrALR 1794.

⁴ Teil II Titel 10, § 74 PrALR 1794.

⁵ Teil II Titel 10, §§ 114 bis 126 PrALR 1794.

⁶ Teil II Titel 10, §§ 127 bis 145 PrALR 1794.

⁷ Teil II Titel 10, § 88 PrALR 1794.

⁸ Teil II Titel 10, § 2 PrALR 1794.

⁹ Teil II Titel 10, § 70 PrALR 1794.

¹⁰ Teil II Titel 10, §§ 98 bis 101 PrALR 1794.

¹¹ Bayerische Hauptlandespragmatik vom 1.6.1805, RBl. Sp. 225.

¹² Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern vom 26.5.1818, GBl. Sp. 101, mit dem Bayerischen Staatsdiener-Edikt vom 26.5.1818, GBl. Sp. 333, als Anlage.

¹³ *Battis*, *Beamtenrecht*, in: Ehlers/Fehling/Pünder (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Bd. 3, 3. Auflage, 2013, § 87 Rn. 3; *Battis*, BBG, Einleitung, Rn. 2; *Hattenhauer*, *Geschichte des deutschen Beamtentums*, S. 198; *Leppek*, *Beamtenrecht*, 12. Auflage, 2015, Rn. 15.

¹⁴ Titel IV § 5 Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern vom 26.5.1818.

läufer des heutigen Art. 33 II GG darstellt. Die Besoldung¹⁵ und Versorgung¹⁶ der Beamten werden detailliert gewährleistet, was auch die Sorge für die Hinterbliebenen¹⁷ einschließt. Nebentätigkeiten¹⁸ werden großzügig erlaubt und die Versetzung¹⁹ eines Beamten ist nur in den gesetzlich geregelten Fällen zulässig. Die Beamten werden auf Treue zum König und Beachtung der Verfassung vereidigt.²⁰ Disziplinarmaßnahmen dürfen nur in einem rechtlich geordneten Verfahren erfolgen.²¹ Zudem wird den Beamten eine umfassende Rechtsweggarantie eingeräumt.²²

IV. Deutsche Mittelstaaten

- 13 Kurz nach der bayerischen Hauptlandespragmatik, aber schon ganz geprägt vom Frühliberalismus, finden sich beamtenrechtliche Regelungen in den übrigen deutschen Mittelstaaten, wofür exemplarisch Württemberg herangezogen werden soll. Hier wird im Geiste der naturrechtlichen Staatsphilosophie des Gesellschaftsvertrages die geschriebene Verfassung von 1819²³ als Vertrag zwischen Monarch und Volk betrachtet. Die Beamten werden weniger als Werkzeug des Königs denn vielmehr als Instrument zur Wahrung der Verfassung gesehen. Daraus erklärt sich die Vereidigung²⁴ der Beamten auf die Verfassung, die diese nicht nur selbst wahren, sondern für ihren Schutz auch gegen Dritte eintreten müssen. Zudem wird die Verantwortlichkeit der Beamten für die Rechtmäßigkeit ihres Handelns²⁵ festgeschrieben, worin sich eine Wurzel der Pflicht und des Rechts der heutigen Beamten zur Remonstrations (→ Rn. 279) zeigt.

¹⁵ Art. II ff. BayHLP 1805 mit der Trennung zwischen dem nur durch richterliche Entscheidung entziehbaren Standesgehalt und dem unter erleichterten Voraussetzungen entziehbaren Dienstgehalt.

¹⁶ Art. XVII BayHLP 1805.

¹⁷ Art. XXIV BayHLP 1805.

¹⁸ Art. XVI BayHLP 1805.

¹⁹ Art. XIII BayHLP 1805.

²⁰ Titel X § 3 Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern vom 26.5.1818, GBl. Sp. 101.

²¹ §§ 10 ff. Bayerisches Staatsdiener-Edikt 1818.

²² § 29 Bayerisches Staatsdiener-Edikt 1818.

²³ Württembergische Verfassung vom 15.9.1819, StRBl. S. 634.

²⁴ § 45 WüV 1819.

²⁵ § 53 WüV 1819.

V. Paulskirchenverfassung 1849

Auch die in Folge der Revolution von 1848 entworfene, bekanntlich nicht in Kraft getretene Paulskirchenverfassung von 1849²⁶ enthielt wichtige beamtenrechtliche Bestimmungen, die auf die Weimarer Reichsverfassung und das Grundgesetz Einfluss ausübten. Dem Reich wurde die Kompetenz zum Erlass eines eigenen Beamtengesetzes eingeräumt²⁷, was einen Vorläufer der Regelung in Art. 73 I Nr. 8 GG darstellt (→ Rn. 24, 115). Die Anstellung der Beamten sollte vom Reich selbst ausgehen²⁸, also nicht durch die Einzelstaaten vermittelt werden, was dem Konzept des Art. 33 I, II GG entspricht. Die Pflichten der Beamten sollten durch die Vereidigung auf die Verfassung abgesichert werden.²⁹ Dabei wurde allen Deutschen nach Befähigung – wie heute gemäß Art. 33 II GG (→ Rn. 104, 149 ff.) – der Zugang zu öffentlichen Ämtern gewährleistet³⁰. Bemerkenswert erscheint, dass den Lehrern ausdrücklich die Rechte der Staatsbeamten zugesichert wurden³¹, was einen Anhaltspunkt für die Reichweite des Funktionsvorbehalts in Art. 33 IV GG (→ Rn. 88) liefert. Schließlich wurden Ansätze eines Amtshaftungsrechts entwickelt³², welches nach der Regelung in § 839 BGB später durch Art. 34 GG zu einer mittelbaren Staatshaftung weiterentwickelt wurde.

VI. Deutsches Reich

Die Deutsche Einheit wurde dann nicht auf der Grundlage der Paulskirchenverfassung, sondern mit dem Norddeutschen Bund von 1866 bzw. dem Deutschen Reich von 1870/71 erreicht. Die Reichsverfassung von 1871 sah – ebenso wie heute Art. 33 I, II GG – das gemeinsame Indigenat aller Deutschen vor³³, so dass jeder Deutsche nach seiner Befähigung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt erhielt. Mit dem Reichsbeamtengesetz von 1873³⁴ wurde die Rechtsstellung der Reichsbeamten, nicht aber der Beamten in den Einzelstaaten, einheitlich öffentlich-rechtlich geregelt. Die Beamten wurden zu sorgfältiger Amtsführung verpflichtet³⁵ und trugen die Verantwortung für die Gesetzmäßigkeit ihrer amt-

²⁶ Verfassung des Deutschen Reiches vom 28.3.1949.

²⁷ § 67 II PKV 1849 „Dienstpragmatik“.

²⁸ § 67 I PKV 1849.

²⁹ § 191 PKV 1849.

³⁰ § 137 VI PKV 1849.

³¹ § 156 I PKV 1849.

³² § 160 PKV 1849.

³³ Art. 3 I Reichsverfassung vom 16.4.1871, RGBl. S. 63.

³⁴ Reichsbeamtengesetz vom 31.3.1873, RGBl. S. 61.

³⁵ § 10 RBG 1873.

lichen Handlungen³⁶. Die Dienstvergehen³⁷ und das Disziplinarverfahren³⁸ wurden gesetzlich bestimmt, wobei eine Sonderregelung für Kassenfehlbestände, sog. „Defekte“³⁹, geschaffen wurde. Im Unterschied zum Konzept der Paulskirchenverfassung wurden die Beamten nicht auf die Verfassung, sondern auf die Amtserfüllung⁴⁰ vereidigt.

- 16 Die persönliche Rechtsstellung der Beamten wurde gesetzlich gesichert. Sie wurden grundsätzlich auf Lebenszeit angestellt⁴¹, was durch gesetzliche Regelungen der Versetzung⁴² sowie des einstweiligen Ruhestandes⁴³ abgerundet wurde. Nicht nur die Besoldung⁴⁴ und die Pension⁴⁵, sondern auch die Versorgung der Witwen und Waisen⁴⁶ der Beamten wurde gewährleistet. Hinzu trat eine umfassende Rechtsweggarantie⁴⁷, so dass das Reichsbeamtengesetz 1873 im Ergebnis bereits zahlreiche Rechtspositionen, die auch heute den Beamten zustehen, vorwegnahm. Im Jahr 1907 wurde das Reichsbeamtengesetz dann neugefasst.⁴⁸

VII. Weimarer Republik

- 17 In der Zeit der Weimarer Republik⁴⁹ wurde das bereits bekannte Indigenat⁵⁰ als Vorläufer von Art. 33 I, II GG um die Garantie erweitert, dass die Zulassung zu öffentlichen Ämtern unabhängig vom religiösen Bekenntnis⁵¹ zu erfolgen habe, wobei diese Bestimmung über Art. 140 GG als Teil des Grundgesetzes fortgilt und zudem in Art. 33 III GG wiederholt wird. Zusätzlich wurden zahlreiche bislang einfachgesetzliche Regelungen auf die Ebene der Reichsverfassung gehoben.

³⁶ § 13 RBG 1873.

³⁷ §§ 72 ff. RBG 1873.

³⁸ §§ 80 ff. RBG 1873.

³⁹ §§ 134 ff. RBG 1873.

⁴⁰ § 3 RBG 1873.

⁴¹ § 2 RBG 1873.

⁴² § 23 RBG 1873.

⁴³ §§ 24 ff. RBG 1873.

⁴⁴ §§ 5 f. RBG 1873.

⁴⁵ §§ 34 ff. RBG 1873.

⁴⁶ §§ 7 ff.; § 69 RBG 1873.

⁴⁷ §§ 149 ff. RBG 1873.

⁴⁸ Reichsbeamtengesetz vom 17.5.1907, RGBl. S. 245.

⁴⁹ *Battis*, Beamtenrecht, in: Ehlers/Fehling/Pünder (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Bd. 3, 3. Auflage, 2013, § 87 Rn. 5; *Battis*, *BBG*, Einleitung, Rn. 3; *Hattenhauer*, *Geschichte des deutschen Beamtenrechts*, S. 319 ff.; *Leppek*, *Beamtenrecht*, 12. Auflage, 2015, Rn. 17.

⁵⁰ Art. 128 I WRV.

⁵¹ Art. 136 II WRV, über Art. 140 GG heute noch in Kraft.

Sachverzeichnis

Die Zahlen verweisen auf die jeweiligen
Randnummern.

Aberkennung des Ruhegehalts 455
Abgabenüberhebung und Leistungskürzung
419
Abgeordnete
– Bundestag 3
– Kreistag 62
– Landtag 3
Abordnung 200f.
Absolutismus 10
achtungswürdiges Verhalten 334 ff.
Alimentation *siehe* Grundgehalt
Alimentationsprinzip 97 *siehe auch*
Fürsorgepflicht
Allgemeines Persönlichkeitsrecht 693
Altersdiskriminierung 129, 531
Altersteilzeit 302
Amt 53 ff.
– im abstrakt-funktionalen Sinn 56
– im konkret-funktionalen Sinn 57
– im organisatorischen Sinn 58
– im statusrechtlichen Sinn 49, 54 f.
– Verleihung eines Amtes 178
Ämterstabilität 753
Amtsbezeichnung 623 ff.; *siehe auch* Amt im
statusrechtlichen Sinn
Amtsführung
– gemeinwohlorientierte 330
– gerechte 326 ff.
– sorgsame 321 ff.
– uneigennützig 331
– unparteiische 322
Amtshaftung 20 *siehe auch* Staatshaftung
Amtsträgerbegriff 402
Amtsträgerdelikte 38, 414 ff.
Annäherung an das Arbeitsrecht 783 ff.
Anträge 765

Anwärterbezüge für Beamte auf Widerruf
548
Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst 81
Arbeitnehmerfreizügigkeit 128, 162
Arbeitszeit *siehe* hauptamtliche Tätigkeit
Aufgabenkreis *siehe* Amt im konkret-
funktionalen Sinn
Aufopferungsansprüche 378 f.
Aufwandsentschädigung 47
Ausgleichsleistungen 584
Auslandsbesoldung 544
Aussageerpressung 417
Aussagegenehmigung 341
äußere Umstände der Dienstertfüllung 356 ff.
äußeres Erscheinungsbild 357 ff.
Ausübung hoheitlicher Befugnisse 88

Bahnbeamte 91
– Gesetzgebungskompetenz 116
– *siehe auch* Privatisierung
Bayerische Regelungen 12
Beamte
– auf Lebenszeit 42
– auf Probe 44
– auf Widerruf 43
– auf Zeit 45
– Bundesbeamte 40
– Definition 1
– Ehrenbeamte 47
– Kommunalbeamte 40
– Landesbeamte 40
– politische Beamte 46
Beamtenbegriff 35 ff.
– haftungsrechtlicher 37, 372
– strafrechtlicher 38
– statusrechtlicher 36
Beamtenrecht
– Begriff 1 ff.
– geistige Grundlagen 786 f.

- Geschichte 9 ff.
- Zukunft 777 ff.
- Beamtenrechtsrahmengesetz 24, 120
- Beamtenstatusgesetz 40, 75, 119 f.
- Beamtenverhältnis 71 ff., 138 ff.
 - Beendigung 231 ff.
 - Begriff 138 f.
 - Begründung *siehe* Ernennung
 - mehrere 141 f.
 - subordinationsrechtliches 72
 - Veränderung 198 ff.
- Beauftragte 711 ff.
 - Anrufung 770
 - in der Privatwirtschaft 716
- Befähigung 104, 150
- Beförderung 173, 209 ff.
 - Beförderungssperre 211
- Beförderungssamt 210
- Behörde im funktionalen Sinn 63
- Beihilfe 97, 593 ff.
- Bereitschaftsdienst 294
- Berufsbeamtentum 88
- Beschäftigung, amtsangemessene 610 ff.
 - Anspruch auf amtsangemessene Beschäftigung 610
 - Einfluss der Verwaltungsmodernisierung 616 ff.
 - Grenzen 614 f.
 - Rechtsfolgen 612 f.
 - tatbestandliche Voraussetzungen 611
- Beschwerden 766
- Besoldung 518 ff.,
 - Angemessenheit 525 ff.
 - Anspruch auf 518
 - Bestandteile 535 ff
 - Funktionsgerechtigkeit 523 f.
 - Geltendmachung 550
 - Gesetzmäßigkeit 520 ff.
 - Grundsätze der 519 ff.
 - überzahlte 551 ff.
 - Wertungsgesichtspunkte 529
- Besoldungsbestandteile 535 ff.
- Besoldungsgruppe 530 f.
- Besoldungsordnungen 530 ff.
- besonderes Gewaltverhältnis 109
- Betriebsverhältnis 72
- Betrug 422
- Beurlaubung ohne Besoldung 652
- Beurteilung, dienstliche 659 ff.
 - Begriff 659
 - Form 661
 - Inhalt 662
 - Maßstab 663
 - Rechtsgrundlagen 660
 - Rechtsnatur 664
 - Rechtsschutz 664 f.
- Bewährung in der Probezeit 167
- Bewerbungsverfahrensanspruch 157
- Bundesbeamtenengesetz 24, 40
- Bundesdatenschutzbeauftragter 3
- Bundespräsident 3, 287, 426, 625, 771
- Bundesrepublik Deutschland 24
- Bürgermeister 62

- DDR 25
- Demokratieprinzip 67, 322, 330, 694, 787
- Deutsche Mittelstaaten 13
- Deutscher 162 ff.
- Deutsches Reich 15 f.
- Dienstbezüge *siehe* Besoldung
- Dienstherr 64
 - Dienstherrnfähigkeit 64
 - Dienstvorgesetzter 69
 - Organe 66 ff.
 - Pflichten *siehe* Fürsorgepflicht
 - Vorgesetzter 67 f.
- Dienstkleidung 358
- Dienstleistungspflicht 292 ff.
- Dienstpflicht 71
- Dienstpflichtverletzung 336, 415, 636
- Dienstposten 60, 612 f.
- Dienstreise 599
- Dienstunfall 581
- Dienstvergehen 442 ff.
 - aktiver Beamter 443 f.
 - Ruhestandsbeamter 445 f.
- Dienstwohnung 361
- Disziplinaranzeige 473, 483
- Disziplinarmaßnahmen 447 ff.
 - Abschwächung der Folgen 462 ff.
 - Auswahl 458 ff.
- Disziplinarrecht 436 ff.
 - Hintergrund 438 ff.
- Disziplinarverfahren 466 ff.
 - Abschluss des behördlichen Verfahrens 470 ff.
 - Durchführung des behördlichen Verfahrens 469

- Eröffnung des behördlichen Verfahrens 468
- gerichtliches Verfahren 479 ff.
- Veränderung der Disziplinarmaßnahme 474 f.
- Verfahren vor dem BVerwG 487 f.
- Verfahren vor dem OVG 485 f.
- Verfahren vor dem VG 480 ff.
- Verhältnis zum Strafverfahren 502 ff.
- Widerspruchsverfahren 476 ff.
- Wiederaufnahme des Verfahrens 489
- Disziplinarverfügung 472
- Doppelbestrafung, Verbot der 440

- Eidespflicht 287
- Eignung 104, 149
- Einbehaltung von Bezügen 497 f., 501
- Eingangssamt 50, 171, 174
- Eingriffsverwaltung 89
- Einigungsstelle 698
- Einstellung des Beamten 171
- Einstellung des Disziplinarverfahrens 471
- Einweisung in eine Planstelle 61
- Endamt 50, 174, 210
- Endgrundgehalt 173, 200, 201, 258
- enteignender Eingriff 378
- enteignungsgleicher Eingriff 375
- Entfernung aus dem Beamtenverhältnis/
Dienst 247, 454
- Entlassung 232 ff.
 - kraft Gesetzes 233 ff.
 - Entlassungsbescheid 237 ff.
 - Sonderregelungen 241 ff.
- Erfahrungsstufe 536, 567
- Erfahrungszeiten 529, 531
- Erholungsurlaub 647 ff.
- Ermessen 327, 425, 458, 561, 612, 651, 684
- Ernennung 139, 147
 - Auswahl 148 ff.
 - Fallgruppen 170 ff.
 - fehlerhafte 181 ff.
 - formelle Voraussetzungen 160
 - inhaltliche Voraussetzungen 161 ff.
 - intendierte Rücknahme 184
 - Nichternennung 191
 - nichtige 188 ff.
 - obligatorische Rücknahme 183
 - Rechtsfolgen 177 ff.
 - rücknehmbare 182 ff.
- Ernennungsurkunde 1, 36, 160
- Erreichbarkeit des Beamten 360 ff.
- EU-Beamte 131 ff.
- Europäisierung 782

- fachliche Leistung 104, 151
- Fachrichtung 52
- Falschbeurkundung im Amt 418
- Familienzuschlag *siehe* Zuschläge
- Föderalismusreform I 27, 40, 50, 93, 120, 122, 518, 558, 781
- Föderalismusreform II 28
- Fortbildungspflicht 316
- Fortentwicklung des Beamtenrechts 28, 208, 311
- Fragmentierung 781
- Frauenförderung 153
- freie Entfaltung der Persönlichkeit 336, 359
- freiheitliche demokratische Grundordnung 284, 330
 - Eintreten für die 165
- Fristsetzungsverfahren 484
- Führungsamt 225 f.
- Funktionsvorbehalt 88 ff.
- Funktionszeit 295
- Fürsorgepflicht 97, 680 ff.
 - Erfüllung 685
 - Folgen der Nichterfüllung 686
 - Funktionen 681 ff.

- Gebührenüberhebung 419
- Gefangenenbefreiung 422
- Gegenvorstellung 768
- Geldbuße 451
- Gemeindevertreter 62
- Gerechtigkeit 328 f.
 - ausgleichende 328
 - Pflichtengerechtigkeit 329
 - verteilende 328
- Geschäftsverteilungsplan 199
- Geschlechtergleichberechtigung 152 ff.
- Gesetzgebungskompetenz 114 ff.
 - ausschließliche 115 ff.
 - konkurrierende 118 ff.
 - Landesgesetzgebungskompetenz 122
- Gesunderhaltungspflicht 315
- Gleichstellungsbeauftragte 712 f.
- Gleitzeit 295
- Gnadengesuche 771

- Grundgehalt 536
- Grundpflichten *siehe* Dienstpflicht, Treuepflicht
- Grundrechtseinschränkung 111
- Grundrechtsgeltung 108 ff.
- Grundrechtsträger 336, 358, 634
- Grundverhältnis 72

- haftungsbegründende Norm 374
- haftungsverlagernde Norm 374
- Hauptberuflichkeit 95, 293 ff.
- Hauptsacheverfahren 733 ff.
 - allgemeines Rechtsschutzbedürfnis 740
 - Begründetheit 741
 - Feststellungsinteresse 737
 - Form und Frist 739
 - Klagebefugnis 737
 - Rechtsweg 734
 - statthafte Rechtsschutzform 735 f.
 - Vorverfahren 738
 - Zulässigkeit 734 ff.
- Heilfürsorge 597
- hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums 92 ff.
 - nicht anerkannte 98
 - pflichtenbestimmende 96
 - rechtegewährleistende 97
 - rechtsinstitutsprägende 95
- Hochschullehrer, verbeamtete 286, 522, 534
- hoheitliche Aufgaben 314

- innerdienstliche Maßnahme 199

- Jugend- und Auszubildendenversammlung 696
- Jugend- und Auszubildendenvertretung 696 ff.

- Kernarbeitszeit 295
- Kirchenbeamte 82
- Klage gegen Disziplinarverfügung 482
- Koalitionsfreiheit 693
- kommunale Wahlbeamte 45
- Konkurrentenstreit 746 ff.
 - Hauptsacheverfahren 748, 751 ff.
 - nach Ernennung 750 ff.
 - verfahrensrechtliche Konsequenzen 759
 - vor Ernennung 747 ff.
 - vorläufiger Rechtsschutz 749, 756 ff.
- Konnivenz 421
- körperliche Unversehrtheit 359
- Körperverletzung im Amt 416
- Korruptionsdelikte 415
- Kürzung der Dienstbezüge 452
- Kürzung des Ruhegehalts 455

- Laufbahn 49 f.
- Laufbahngruppe 54
- Laufbahnprinzip 49 f., 171, 316
- Laufbahnprüfung 43, 49
- Laufbahnwechsel 174 f., 217
- Leistungsbezüge 542
 - Leistungsprämie 542
 - Leistungsstufe 542
 - Leistungszulage 522, 542
- Leistungskondiktion *siehe* überzahlte Besoldung
- Leistungsprinzip 95
- Leistungsverwaltung 89
- Leitungsämter 44

- Mehrarbeit *siehe* Überstunden
- Meinungsfreiheit 112
- Minister 80
- Mitbestimmung der Beamten 691 ff.
 - verfassungsrechtliche Vorgaben 692 ff.
 - *siehe auch* Personalvertretung

- Nachkriegszeit 22 f.
- Nachtdienst 294
- Nationalsozialismus 21
- Nebenamt *siehe* Nebentätigkeit
- Nebenbeschäftigung *siehe* Nebentätigkeit
- Nebentätigkeit 631 ff.
 - Anzeigepflicht 635
 - Begriff 632
 - Genehmigungspflicht 636
 - Pflicht zur 639
 - Recht auf 633 ff.
 - Rechtsfolgen 640 f.
 - Stufen von Nebentätigkeiten 635 f.
- ne bis in idem 440
- Nötigung 422

- oberste Dienstbehörde 70
- öffentliches Dienstrecht 2
- öffentlich-rechtliche Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche 380

- öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch 377
- öffentlich-rechtliche Sonderverbindung 370
- öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis *siehe* Beamtenverhältnis ordentlicher Rechtsweg 734
- Organ 62
- Organwalter 62
- örtliche Folgepflicht 221

- Parlamentarische Staatssekretäre 3
- parteipolitische Mäßigung 323 f.
- Paulskirchenverfassung 14
- Personalaktenrecht 667 ff.
 - Beständigkeit 674
 - Einsicht 675
 - Entfernungsanspruch 671
 - Grundsätze 668 ff.
 - Klarheit 672
 - verfahrensmäßige Sicherung 675
 - Vertraulichkeit 669
 - Vollständigkeit 671
 - Wahrheit 673
 - Zweckbindung 668
- Personalrat 696
 - Anrufung 769
 - Bezirks- 697
 - Haupt- 698
- Personalversammlung 696
- Personalvertretung
 - Beteiligung 699 ff.
 - Organe 695 ff.
 - Rechtsfolgen unterbliebener Beteiligung 705 f.
- persönliche Rechtsstellung des Beamten 41 ff. *siehe auch* Beamte
- Petitionen 767
- Pfarrer 82
- Pflichten der Beamten 266 ff.
 - Folgen von Pflichtverletzungen 271
 - der Kollegen 351
 - der Untergebenen 350
 - der Vorgesetzten 347 ff.
- Pflichtverletzung, disziplinarrechtliche Folgen 436 ff. *siehe auch* Disziplinarrecht
- Pflichtverletzung, strafrechtliche Folgen 400 ff.
 - Besonderheiten im Allgemeinen Teil 402 ff.
 - Rechtswidrigkeit 406 ff.
 - Strafantrag und Ermächtigung 412 f.
 - Tatbestandsmäßigkeit 403 ff.
 - Verschulden 410 f.
- Pflichtverletzung, vermögensrechtliche Folgen 368 ff.
 - Ansprüche der Bürger 369 ff.
 - Ansprüche der Kollegen 381 ff.
 - Ansprüche des Dienstherrn 385 ff.
 - Eigenschäden des Beamten 395
- Planstelle 61
- politische Parteien 324
- Postbeamte 91
 - Gesetzgebungskompetenz 116
 - *siehe auch* Privatisierung
- Preußisches Allgemeines Landrecht 11
- Privatisierung 618, 778 ff.
- Probezeit 44, 48, 167, 225 f., 243

- Qualifikation 154
- Quoten 154

- Recht auf informationelle Selbstbestimmung 667
- Rechte der Beamten 512 f.
 - Geltendmachung 514
- Rechtsbehelfe
 - Arten 724 f.
 - förmliche 730 ff.
 - nichtförmliche 764 ff.
- Rechtsbindung 99 ff.
- Rechtsgehorsam 276 ff. *siehe auch* Rechtsbindung
- Rechtsquellen 5
- Rechtsschutz
 - verfassungsrechtliche Grundlagen 721 ff.
 - *siehe auch* Rechtsbehelfe
- Rechtsschutzverhinderung 755, 758
- Rechtsverordnungen 74 f., 117
- Rechtsweggarantie 12, 16
- Referendare 224
- Regressansprüche des Dienstherrn 389 ff., 394
- Reichsbeamtengesetz 16
- Reisekosten 599 f.
- religiöses Bekenntnis 17, 105
- Remonstration 279 ff.
- Richter 78
- Rückernennung 213 ff.

- Rückforderung *siehe* Besoldung, überzahlte
- Rufbereitschaft 294
- Ruhegehalt 566 ff.
 - Erhöhung 573
 - maßgeblicher Prozentsatz 570
 - Minderung 572
 - ruhegehaltfähige Dienstbezüge 567
 - ruhegehaltfähige Dienstzeit 568 f.
 - Versorgungskorridor 574 f.
- Ruhen des Beamtenverhältnisses 219 f.
- Ruhepausen 294
- Ruhestand 248 ff.
 - einstweiliger 256 ff.
 - Eintritt in den 249 ff.
 - Hinausschieben der Altersgrenze 255
 - Versetzung in den 252 ff.
- Schichtdienst 294
- schwerbehinderte Bewerber 155
- sexueller Missbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung 422
- Soldaten 79
- Sonderstatusverhältnis 110
- Sonderurlaub 651
- Sonderzahlungen, jährliche 546
- Sonderzuweisung, aufdrängende 734
- Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit 521
- Staatsdiener 11, 787
- Staatshaftung 102, 20, 37
 - Schadensersatz aus mittelbarer 371 ff.
- Staatssekretäre 80
- Stellenpool 617
- Sterbegeld 578
- Straftat eines Beamten 423 ff.
- Straftaten gegen Beamte 427 ff.
 - Strafantragsregelungen 429
 - Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte 428
- Straftaten im Amt *siehe* Amtsträgerdelikte
- Strafvereitelung im Amt 422
- Streikrecht 311 ff., 96
 - Rechtsprechung des EGMR 312 ff.
- Subventionsbetrug 422
- Teilzeitbeschäftigung 297 ff.
 - familienpolitische 300 f.
 - Altersteilzeit 302
 - voraussetzungslose 298 f.
- Trennungsgeld 602
- Treuepflicht 71, 283 ff.
 - Verfassungstreuepflicht 330
- Übergangsgeld 584
- Übernahme politischer Ämter 260
- Übernahme 218
- Überstunden 296
- Übertritt *siehe* Übernahme
- Umsetzung 199
- Umwandlung 172
- Umzugskosten 601
- Unfallfürsorge 581 ff.
 - Dienstatunfall 581
 - Unfallruhegehalt 582
- Urkundenfälschung 422
- Urlaub 646 ff.
 - Abgeltung des Urlaubsanspruchs 653
 - Urlaubsgeld 98
 - Widerruf 649
- Verbot der Führung der Dienstgeschäfte 492, 500
- Vereinigungsfreiheit 20
- Verfassungstreuepflicht 330
- Verfolgung Unschuldiger 417
- Vergütungen 543
- Verhalten
 - außerdienstlich 284, 323, 336 ff.
 - innerdienstlich 284
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 361, 406, 458
- Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat 421
- Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes 422
- Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses 422
- Verletzung von Dienst- und Steuergeheimnissen 420
- Verletzung von Privatgeheimnissen 422
- Verlust der Beamtenrechte 246
- vermögenswerte Rechte 592 ff.
 - Ersatz sonstiger Aufwendungen 603
 - Ersatz von Eigenschäden des Beamten 604
 - Fürsorge im Krankheitsfall 593 ff.
- vermögenswirksame Leistungen 547
- Versammlungsfreiheit 112

- Verschollenheit, Bezüge bei 580
 Verschulden 372
 Verschwiegenheitspflicht 339 ff.
 – Ausnahmen 340
 – Pflichtenkollision 341
 Versetzung 202 ff.
 Versorgung 558 ff.
 – Angemessenheit 563
 – Anspruch auf amtsangemessene 178
 – Arten der 565
 – der Hinterbliebenen 578 f.
 – Funktionsgerechtigkeit 562
 – Geltendmachung 586
 – Gesetzmäßigkeit 561
 – überzahlte 587
 – Wertungsgesichtspunkte 564
 Vertrauensperson für Schwerbehinderte
 714 f.
 Verwahrungsbruch 422
 Verwaltungsakt 72, 138, 160, 200, 202, 209,
 235, 472, 721
 Verwaltungsvorschriften 99, 276, 358, 660
 Verweis 450
 Volkssouveränität 165, 322, 330
 volle Hingabe an den Dienst 307 ff.
 – voller persönlicher Einsatz 308 ff.
 Vollstreckung gegen Unschuldige 417
 Vorbildung 166
 Vorgesetzter *siehe* Dienstherr
 vorläufige Dienstenthebung 493 ff., 501
 vorläufige Maßnahmen 490 ff.
 – behördliches Verfahren 491 ff.
 – gerichtliches Verfahren 499 ff.
 vorläufiger Rechtsschutz 742 ff.
 Vorteile, keine Annahme 332 f.
 Vorverfahren 731 f.
 Wehrbeauftragter 3
 Weihnachtsgeld 98
 Weimarer Republik 17 ff.
 Weisungen 72
 – Weisungsgebundenheit 72
 Wiedervereinigung 26 f.
 Wissenschaftsfreiheit 522
 Wohnungswahl 361
 Zeugnis 666
 Zugang zum öffentlichen Dienst 103 ff.
 – gebotene Kriterien 104
 – kriegsbedingte Sonderregelung 107
 – regionaler Proporz 106
 – verbotene Kriterien 105
 Zukunft des Beamtenrechts 777 ff.
 Zulagen 539 ff.
 – Amtszulage 540
 – Stellenzulage 541
 Zurückstufung 453
 Zuschläge 538
 Zusicherung 158, 520
 Zuweisung 205 ff.